



# Öffentliche Bekanntmachung Nr. 062/2020

Planfeststellung gemäß §§ 28 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG), i. V. m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG);

FR  
09.11.

Neubau der Regionaltangente West – Planfeststellungsabschnitt Nord vom Bahnhof Bad Homburg v. d. Höhe bzw. vom Haltepunkt Gewerbegebiet Frankfurt/Praunheim bis zum Überführungsbauwerk Sossenheim Strabe (mit Rampenbauwerken) in Sulzbach (Tannus) einschl. der notwendigen Folgemaßnahmen und der Landschaftspflegerischen Kompensationsmaßnahmen in Bad Homburg v. d. Höhe, Oberursel, Steinbach (Tannus), Frankfurt am Main, Eschborn, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Tannus) und Modautal sowie den Ökokoordinatmaßnahmen in Frankfurt am Main, Hoffheim am Taunus und Lorsch

hier: Anhörungstermin zur 1. Änderung des Planes gem. § 29 Abs. 1a PBefG i. V. m. § 73 HVwVfG

Die Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH) hat für die Regionaltangente West – Planfeststellungsabschnitt Nord (P/1A Nord) – die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens beantragt.

- Aufgrund der im Anhörungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse wurde der bereits ausgelegte Plan geändert. Diese Änderungen umfassen im Wesentlichen
- die Verkürzung der Abstell- und Wendeanlage Praunheim,
  - die Umplanung des Bestandsanschlusses Praunheim,
  - die Umplanung des Bahnübergangs Steinbacher Stadtweg,
  - die Umplanung der Bahnsteigverlängerungen im Bf Bad Homburg v. d. H.,
  - die Ergänzung des Elektronischen Stellwerkes Oberursel,
  - die Ergänzung des Elektronischen Stellwerkes Wolfsbach,
  - die Anpassung der Kilometerierung im Abzw. W. Wolfslach,
  - die Umplanung der Bahnübergangs Niederruseler Weg,
  - die Umplanung der Abstellanlage Eschborn Ost,
  - die Umplanung der Zwegaung zum Betriebsgebäude an der Station „Eschborn Ost“,
  - die Verschiebung des Bahnübergangs unritzebar westlich der Station „Eschborn Ost“,
  - den Entfall des Bauwerks „Stützwall Düsseldorf Straße“ und die Ergänzung des Bauwerks „Eisenbahnüberführung Parkplatz Düsseldorf Straße“,
  - die Ergänzung des Bauwerks „Spindel inklusive Anschlussbauwerke“ an der Station „Carl-Sonnenschein-Siedlung/Düsseldorf Straße“,
  - die Umplanung des Bauwerks „Eisenbahnüberführung Sossenhaimer Straße“ und eines in diesem Bereich geplanten Wirtschaftsweges,
  - die Verschiebung der Abschnittsgränze zum Planfeststellungsabschnitt Mitte von Bau-km 7,8+00 nach Bau-km 7,9+00,
  - die Ablichtung der Erdkörper in den Schutzzonen IIIa und IIIb des in Ausweisung befindlichen Wasserschutzgebietes Pumpwerk Praunheim II,
  - der Entfall von beidseitig parallel zur RTW-Trasse verlaufenden Betriebswegen, die Umplanung der Leitelinrichtungen für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen an den Stationen,
  - die Änderung der Streckenwasserung,
  - Anpassungen am Baustraßenkonzept,
  - die Änderung des Lastmodells im BOS-Trab-Bereich,
  - die Korrektur der Darstellung von Lichttraumprofilen und Sicherheitsräumen, die Überarbeitung und Ergänzung der Variantenuntersuchungen,
  - die Anpassung der Umweltverträglichkeitsstudie und des Landschaftspflegerischen Begleitplans,
  - die Anpassung und Ergänzung des Hydrologischen Gutachtens,
  - die Anpassung und Ergänzung der schwingungs- und schalltechnischen Untersuchungen,
  - die Änderung und Ergänzung des Gutachtens zur elektromagnetischen Verträglichkeit,
  - die Ergänzung der Geotechnischen Gutachten im Hinblick auf die Darstellung der Auswirkungen der 1. Änderung des Plans,
  - die rechnerische Überarbeitung und Anpassung des Betriebskonzeptes an die aktualisierte Linienführung und Projektplanung und
  - die Ergänzung der Planunterlagen um eine Verkehrsprognose.

Die Änderung des Plans hat Auswirkungen auf Grundstücke in der Gemarkung Eschborn der Stadt Eschborn, den Gemarkungen Niederursel, Praunheim, Rödelheim, Sossenheim und Unterliederbach der Stadt Frankfurt am Main, der Gemarkung Schwalbach der Stadt Schwalbach am Taunus, der Gemarkung Sulzbach der Gemeinde Sulzbach (Tannus) und der Gemarkung Herchenrode der Gemeinde Modautal.

Einzelheiten der Änderungen sind den Planunterlagen zu entnehmen. Ihnen voran gestellt ist eine Lesehilfe, der die Darstellung sowie Anlass und Gegenstand der Änderungen zu entnehmen ist.

Zur Anhörung der Öffentlichkeit sind die geänderten Planunterlagen in der Zeit vom

## 16. November 2020 bis einschließlich 15. Dezember 2020

auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de> – Rubrik: „Presse“ → Öffentliche Bekanntmachungen → Verkehr → Straßen- und U-Bahnen) veröffentlicht.

Ergänzend dazu liegen die geänderten Planunterlagen in der Zeit vom 16. November 2020 bis einschließlich 15. Dezember 2020 bei dem Magistrat der Stadt Eschborn, Rathausplatz 36, 65760 Eschborn, Erdgeschoss, Zimmer-Nr. 8 während der allgemeinen Dienststunden

Montag, Dienstag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:30 Uhr und von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Mittwoch von 8:00 Uhr bis 12:30 Uhr und von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr.

Zur allgemeinen Einsichtnahme aus Grund der COVID-19-Pandemie ist nicht auszuschließen, dass es während des Auslegungszeitraums zu Änderungen kommt, so dass empfohlen wird, die Zugangsregelungen zum Rathaus tagesaktuell zu prüfen.

1. Alle deren Belange durch die Änderungen des Vorhabens berührt werden, können sich bis zum 1. Februar 2021 (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) bei dem Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelmstr. 1-3, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei den Städten Bad Homburg v. d. Höhe, Oberursel, Steinbach (Tannus), Frankfurt am Main, Eschborn, Schwalbach am Taunus sowie den Gemeinden Sulzbach (Tannus) und Modautal schriftlich oder zur Niederschrift äußern und Einwendungen erheben (Äußerungsfrist).

Für die Erklärung zur Niederschrift ist bei dem Regierungspräsidium Darmstadt eine vorherige telefonische Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 0615112-5501 erforderlich. Bei der Stadt Eschborn empfiehlt sich ebenfalls eine vorherige telefonische Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 06196/490-0). Unbeschadet dessen gelten die Ausführungen zur Auslegung des Plans (s. o.) entsprechend.

Äußerungen und Einwendungen müssen Namen und Anschrift, lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beeinträchtigungen erkennen lassen und unterschrieben sein. E-Mails ohne qualifizierte elektronische Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht.

Es sind nur solche Einwendungen zugelassen, die sich auf Änderungen der Planfeststellungsunterlagen beziehen. Einwendungen zu dem bisherigen Verfahren sind dagegen ausgeschlossen. Abweichend davon können Personen, die durch die Verfahrensgegenständlichen Änderungen

des Plans erstmals von dem Vorhaben betroffen werden, auch gegen den ursprünglichen Plan Einwendungen erheben. Soweit im bisherigen Verfahren bereits Einwendungen erhoben wurden, gelten diese unverändert fort. Bei der Beeinträchtigung von Grundeigentum sollte die jeweilige Flur-, Flurstücksnummer und Gemarkung der betroffenen Grundstücke angegeben werden.

Mit Ablauf der oben genannten Frist sind für dieses Verwaltungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 21 Abs. 4 UVPG). Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umverteilungswirkungen des geänderten Vorhabens beziehen (§ 21 Abs. 5 UVPG) und für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 7 Abs. 4 Umweltschutzgesetz).

Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Andernfalls können diese Eingaben unberücksichtigt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die im Zuge der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 HVwVfG eingereichten Äußerungen für das Anhörungsverfahren keine Geltung entfalten, sondern erneut vorgebracht werden müssen.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 S. 5 HVwVfG.

3. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der rechtzeitig erhobenen Stellungnahmen und Einwendungen verzichten (§ 29 Abs. 1a PBefG).

Sie kann statt eines Erörterungstermins eine Online-Konultation durchführen oder diese mit Einverständnis der Beteiligten durch eine Telefon- oder Videokonferenz ersetzen (§ 5 Planungsstärkungsgesetz).

Findet ein Erörterungstermin oder eine Online-Konultation statt, werden diese ortsüblich bekannt gemacht. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen die Vertreterin oder der Vertreter, von dem Termin bzw. der Online-Konultation gesondert benachrichtigt (§ 17 WwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

4. Durch die Erörterungstermin und die Online-Konultation sind nicht öffentlich.

Außerungen, Einwendungen und Stellungnahmen, die Teilnahme an einem Erörterungstermin, einer Online-Konultation oder einer Telefon- oder Videokonferenz und durch Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die Einwendungen erhoben oder eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

7. Mit dem Beginn der Veröffentlichung des geänderten Planes im Internet auf der oben genannten Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt dürfen auch auf den von der Planänderung zusätzlich betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baummaßnahmen erheblich erschwere Veränderungen nicht vorgenommen werden, vielmehr treten die Beschränkungen des § 28a Abs. 1 PBefG (Veränderungssperre) in Kraft. Die bereits mit der ersten Auslegung bewirkte Veränderungssperre besteht fort. Darüber hinaus steht der Vorhabenträgern ab diesem Zeitpunkt ein Vorkaufrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 28a Abs. 3 PBefG).

8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 74 Abs. 2 Nr. 1 UVPG nach der Fassung des Gesetzes, die vor dem 16. Mai 2017 galt (im Folgenden: a. F.), zu Ende zu führen ist, da das Verfahren zur Unterrichtung über die voraussichtlich beizubringenden Unterlagen in der bis dahin geltenden Fassung des § 5 Abs. 1 UVPG eingeleitet wurde.
- die für das Verfahren und die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist,
- über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird.

- die aus gelegten Planunterlagen die nach § 6 Abs. 3 UVPG a. F. notwendigen Angaben enthalten, soweit diese geändert wurden und
  - die Anhörung zu den veröffentlichten geänderten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umverteilungswirkungen der Änderungen des Vorhabens gemäß § 9 Abs. 1 UVPG a. F. ist.
9. Bei dem UVP-pflichtigen Vorhaben werden gem. § 9 Abs. 1b UVPG a. F. die Ur-Verfahren nach § 6 UVPG a. F. sowie die entscheidungserheblichen Bereiche und Empfehlungen – soweit sie überarbeitet bzw. geändert wurden – zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens im Internet veröffentlicht werden. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der geänderten Planfeststellungsunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Anlage 1.1a: Erläuterungsbericht einschl. allgemein verständlicher, nicht technischer Zusammenfassung der Umverteilungswirkungen des Vorhabens,
- Anlage 18: Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis,
- Anlage 19: Umweltfachliche Unterlagen (Umweltverträglichkeitsstudie mit integrierter Landschaftspflegerischer Begleitplan, Arten-schutzrechtlicher Fachbeitrag),
- Anlage 20: Schwingungs- und schalltechnische Untersuchungen,
- Anlage 21: Geotechnische Gutachten,
- Anlage 22: Gutachten zur elektromagnetischen Verträglichkeit,
- Anlage 23.1a: Unterlagen zum Brand- und Katastrophenschutz,
- Anlage 25a: Betriebskonzept
- Anlage 26a: Verkehrsprognose

10. Die geänderten Planunterlagen und die ortsüblichen Bekanntmachungen werden über die Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de> – Rubrik: „Presse“ → Öffentliche Bekanntmachungen → Verkehr → Straßen- und U-Bahnen) und das UVP-Portal des Landes Hessen (<https://www.uvp-verbund.de/he/>) zugänglich gemacht.

Regierungspräsidium Darmstadt  
Wilhelmstr. 1-3, 64283 Darmstadt  
III 33.1 – 66 e 03.02.4-2019/1

Eschborn, den 04.11.2020

DER MAGISTRAT  
DER STADT ESCHBORN  
gez. Adnan Shaikh  
Bürgermeister